

Staatlich geförderte Xenophobie in Südafrika



auf dem T-Shirt ist über die Afrika-Konturen der Text „Das ist Zuhause“ gelegt¹

* * *

Artikel Loren B Landau und Jean Pierre Misago, kurze Einleitung und Übersetzung Günther Lanier, Ouagadougou
1.7.2026²

* * *

Wie die rezenten Beschlüsse der EU in Sachen Ausschaffung von MigrantInnen zeigen³, bemüht sich die Alte Welt, es der Neuen gleichzutun an Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Angesichts der somit auch gegen MigrantInnen aufrüstenden europäischen Festung ist die Enttäuschung umso herber, dass in dem aus dem anti-rassistischen Kampf hervorgegangenen Südafrika ebensolche Entwicklungen zugange sind. Das ist freilich nicht neu – schon 2008 sind in der „Regenbogennation“ bei fremdenfeindlichen Ausschreitungen 62 Menschen umgekommen, Hunderte wurden verletzt und mehr als 100.000 sahen sich gezwungen zu flüchten⁴.

Und dabei ist es nicht geblieben. Xenowatch – ein von den beiden Autoren ins Leben gerufenes Projekt – hat seit 1994 und bis 9. Juni 2026 insgesamt 1.321 fremdenfeindliche Vorfälle, 698 Tote, 128.858 Vertreibungen und 5.648 geplünderte Geschäfte registriert. 38,5% der Vorfälle wurden in Gauteng verzeichnet, 20,2% in KwaZulu-Natal, 15,3% in der Westkap-Provinz⁵.

Gründe und Motive südafrikanischer Fremdenfeindlichkeit sind hinlänglich erforscht. Der Artikel, den ich heute übersetze, analysiert die Rolle des südafrikanischen Staates in diesem Kontext: Statt vorbeugen, eindämmen und Gefährdete schützen ist dessen Rolle, folgen wir den überzeugenden Argumenten der beiden Experten, die als Autoren fungieren, eine die Fremdenfeindlichkeit fördernde.

Der an der Universität von Kalifornien in Berkeley ausgebildete Politologe Loren B Landau ist Inhaber einer SARChI-Forschungsprofessur⁶ für menschliche Mobilität und die Politik der Differenz am African Centre for Migration & Society (ACMS/Afrikanischen Zentrum für Migration und Gesellschaft) an der Universität Oxford. Jean-Pierre Misago, der zu Migration und Vertreibung dissertiert hat, ist leitender Wissenschaftler und Co-Direktor am ACMS der Witwatersrand-Universität. Gemeinsam haben die beiden das oben erwähnte Xenowatch und das Wits-Oxford-Laboratorium zur Governance der Mobilität (Wits-Oxford Mobility Governance Lab) gegründet⁷.

Der Artikel, den ich nun übersetze, wurde im Original am 17. Juni 2026 auf *The Conversation* veröffentlicht. Ich danke den beiden Autoren herzlich für die Erlaubnis, ihn zu übersetzen.

¹ Bildunterschrift „*Idi n'otu megide xenophobia*“, „Vereint gegen Xenophobie“ auf Igbo. NigerianerInnen sind auch 2026 betroffen, Abuja hat Evakuierungs-/Rückholflüge organisiert. Foto Guinivere Pedro in Yeoville/Johannesburg am 31.12.2015, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Solidarity_against_xenophobia_\(Yeoville,_2015\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Solidarity_against_xenophobia_(Yeoville,_2015).jpg).

² Petra Radeschnig gilt – wie stets – mein herzlicher Dank fürs Lektorieren!

³ Die Rückführungsverordnung wurde vom EU-Parlament am 17.6. beschlossen, just am Tag der Veröffentlichung des Artikels, den ich in der Folge übersetze. Ausschaffungszentren (sog. Return Hubs) außerhalb der EU sind jetzt erlaubt. Die Zeit berichtet: „Nach der Abstimmung klatschten Abgeordnete des rechten Lagers und riefen »*Send them back*« (»Schickt sie zurück«)“. S. <https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-06/eu-abstimmung-abschiebungen-zentren-asyl-recht>.

⁴ Siehe David Bruce, *SA police and protesters must put lives first as 30 June looms*, Institute for Security Studies (ISS) 25.6.2026, <https://issafrica.org/iss-today/sa-police-and-protesters-must-put-lives-first-as-30-june-looms>.

⁵ S. <https://www.xenowatch.ac.za/statistics-dashboard/>. Dort sind auch die anderen Provinzen angeführt sowie die Vorfälle und Toten nach Jahren. Eine Karte weist zudem die Orte aus, wo die 1.321 xenophoben Zwischenfälle stattgefunden haben.

⁶ SARChI = *South African Research Chairs Initiative*. Diese Initiative gibt es seit 2006.

⁷ S. <https://www.qeh.ox.ac.uk/people/loren-landau>, <https://theconversation.com/profiles/loren-b-landau-168844>, <https://migration.org.za/dipl-team-member/jean-pierre-misago/>, <https://theconversation.com/profiles/jean-pierre-misago-278458>.

Fremdenfeindlichkeit in Südafrika: Die Komplizenschaft des Staates mit Banden und Selbstschutzgruppen untergräbt seine Fähigkeit zu regieren

Autoren: Loren B Landau und Jean Pierre Misago

Übersetzung Günther Lanier

im Original veröffentlicht auf The Conversation am 17.6.2026

<https://theconversation.com/xenophobia-in-south-africa-states-complicity-with-gangs-and-vigilantes-is-threatening-its-ability-to-govern-285280>



Demo gegen Fremdenfeindlichkeit, Jeppe-Straße, Johannesburg, unweit von Little Ethiopia ⁸

Demonstrationen⁹, ermordete MosambikanerInnen¹⁰, staatlich organisierte Evakuierungen¹¹, eine landesweit per TV ausgestrahlte Rede des Präsidenten¹². Die Mobilisierung gegen MigrantInnen hat neuerlich die Aufmerksamkeit der Welt auf Südafrika gelenkt. Kontinentweite Gegenreaktionen gefährden in Afrikas größter Ökonomie Tourismus, Handel, Diplomatie und Investitionsmöglichkeiten. Zudem entgleist die verfassungsmäßige Demokratie.

Viele BürgerInnen verlangen, das Land solle durch eine Verschärfung seiner Grenzkontrollen seine Souveränität wiederherstellen¹³ – die Fähigkeit des Staates, sich selbst zu regieren und die Gesetze innerhalb seiner Grenzen zu bestimmen. Politische Parteien versprechen das Errichten von Mauern, versprechen Razzien und Ausschaffungen¹⁴.

Was diese Debatten zu Souveränität und Grenzkontrollen übersehen, ist, dass Politik nicht mittels Grenzen definiert wird¹⁵. Kontrolle über Ressourcen und Produktion ist das Wesentliche. In Südafrikas Vergangenheit war das der Bergbau. Jetzt sind es Städte, Townships und die sie verbindende Infrastruktur. Dort wird die politische Zukunft des Landes gestaltet. Dort geht Souveränität verloren. Und der Staat hilft dabei, das zustande zu bringen.

Über die letzten zwanzig Jahre haben wir die Migrationspolitik und Fremdenfeindlichkeit Südafrikas analysiert. Gemeinsam haben wir Xenowatch¹⁶ und das Laboratorium zur Governance der Mobilität¹⁷ gegründet, um Vorfälle fremdenfeindlicher Diskriminierung zu dokumentieren und Strategien zur Förderung sicherer Mobilität und sozialer Kohäsion zu evaluieren.

In einer 2022 publizierten Studie¹⁸ haben wir dargelegt, wie xenophobe Mobilisierung in Südafrika nicht bloß ein Graswurzel-Phänomen frustrierter Gemeinschaften ist. Ebenso wenig ist sie das Resultat einer “dritten Kraft“ oder von externen AkteurInnen, die darauf aus sind, das Land in Verlegenheit zu bringen. Stattdessen, so argumentieren wir, ist es ein politisches Unternehmen, das von Selbstschutzgruppen und dem Staat gemeinsam durch Tun und Lassen¹⁹ koproduziert wird. Dazu gehört es, diejenigen, welche durch Gewalt oder sonstige illegale Handlungen andere

⁸ Für das an dieser Stelle im Originalartikel zu sehende Foto (eine Anti-ImmigrantInnen-Demonstration von March and March im Juni 2026) habe ich die Rechte nicht, Bildwahl hier wie anderswo im Artikel: GL. Foto Dyltong 23.4.2015, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:People%27s_March_Anti_Xenophobia.jpg.

⁹ Siehe <https://www.hrw.org/news/2026/05/20/south-africa-new-waves-of-xenophobic-attacks>.

¹⁰ S. <https://www.bbc.com/news/articles/clyp4e87dq6o>.

¹¹ S. <https://www.bbc.com/news/articles/cq512vgyz19o>.

¹² S. <https://www.thepresidency.gov.za/address-president-cyril-ramaphosa-migration-union-buildings-tshwane>.

¹³ S. <https://www.aa.com.tr/en/africa/hundreds-demonstrate-against-undocumented-immigrants-in-johannesburg-as-businesses-close/3922273>.

¹⁴ S. <https://www.enca.com/top-stories/actions-a-vows-hell-undocumented-migrants>.

¹⁵ S. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/21622671.2019.1687327>.

¹⁶ Siehe <https://www.xenowatch.ac.za/>.

¹⁷ S. <https://mobilitygovernancelab.org/>.

¹⁸ S. <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/14650045.2022.2078707#abstract>.

¹⁹ Anm. GL: Das Wortspiel des Originals “*commission and omission*“ ist nicht übersetzbar.

ausgrenzen, *nicht* in die Schranken zu weisen. Und dazu gehören auch Migrationspolitik und -praktiken, die Menschen aus anderen Ländern dämonisieren.

Das hat bewirkt, dass der Staat beharrlich das kriminelle Verhalten von Selbstschutzgruppen legitimiert und belohnt.

Unsere Recherchen zeigen, dass xenophobe Diskriminierung zu einem Charakteristikum der sozio-ökonomischen Landschaft Post-Apartheid-Südafrikas geworden ist. Wir argumentieren, dass nur *die* Interventionen imstande sind, fremdenfeindliche Mobilisierung zu unterbinden, welche ihren politischen, ökonomischen und sozialen Nutzen verringern oder, noch besser, beseitigen. Dazu gehört es, Leute für ihr Handeln zur Verantwortung zu ziehen, dazu gehört ein konsequentes und unparteiisches Anwenden der Gesetze sowohl, wo es um illegale Migration, als auch, wo es um kriminelle Ausgrenzung von MigrantInnen durch Selbstschutzgruppen geht. Dazu gehören schließlich gemeinsame Bemühungen von Staat und Zivilgesellschaft, Anti-MigrantInnen-Mobilisierung entgegenzuwirken.

An der Basis

Unsere Untersuchungen zeigen, dass in den Townships "Gemeinschaftsentwicklungsvereine" Schutzgeldsysteme betreiben, wodurch sie bestimmen, wer in ihren "Gemeinschaften" leben, bauen oder ein Geschäft betreiben kann. Um ungewollte Leute zu entfernen, arbeiten sie mit der lokalen Polizei zusammen.

Gewählte PolitikerInnen schauen oft weg. Oder sie unterstützen sie, um Stimmen zu gewinnen. Hier geht es nicht um das Anwenden von Gesetzen oder das Schaffen von Möglichkeiten für alle. Es geht nicht ums Kontrollieren von Zuwanderung. Hier wird soziale Spaltung betrieben, um Ressourcen anzueignen und Macht zu erwerben. Oft gibt es lokal beträchtliche Unterstützung für diese Maßnahmen und diejenigen, die sie betreiben. Sie sind aber illegal und institutionalisieren staatliche Komplizenschaft in ausbeuterischer Gewalt, die Rechtsstaatlichkeit schwächt statt sie voranzubringen.

Seit Mitte 2025 blockieren Operation Dudula²⁰ – eine Anti-ImmigrantInnen-Sozialbewegung, die sich mittlerweile als politische Partei konstituiert hat – und March and March²¹ (also Marschier' und Marschier' oder Marsch und Marsch) – in der Selbstbeschreibung eine "Graswurzel"-BürgerInnenbewegung, die illegale Migration fokussiert – systematisch öffentliche Gesundheitseinrichtungen, verweigern MigrantInnen den Zutritt zu mindestens 53 Kliniken in den Provinzen KwaZulu-Natal, Limpopo, Mpumalanga und Gauteng.

Die Südafrikanische Menschenrechtskommission²² hat festgestellt, dass diese Selbstschutzmaßnahmen weitergehen, obwohl Gesundheitsministerium und nationaler Polizeipräsident involviert sind und beide Interventionen zugesagt haben. In manchen Fällen hat die Polizei sich geweigert, Anzeigen von Opfern aufzunehmen.

Trotz eines Gerichtsentscheids, welcher der Operation Dudula ihre illegalen Aktivitäten untersagt, werden diese im ganzen Land fortgesetzt.

Ohne staatliches Vollstrecken sind gerichtliche Anordnungen nur Stücke Papier. Statt dass es Sanktionen gegeben hätte, konnte March and March bestätigen²³, dass sie "ein Abkommen mit der Südafrikanischen Polizei und der Kommunalpolizei hatten, die nicht gegen sie vorgingen."

Miturheberschaft an einem politischen Unternehmen

Xenowatch hat von 2022 bis 2025 insgesamt 406 verifizierte Zwischenfälle verzeichnet, die 75 Tote verursachten. Das macht im Schnitt 102 xenophobe Diskriminierungsvorfälle pro Jahr.

Für das Jahr 2025 allein sind 151 Vorfälle verzeichnet. In den ersten fünf Monaten 2026 waren es weitere 22 verifizierte Zwischenfälle. Von den 22 waren 14 gewalttätige Attacken, die großteils auf Anti-MigrantInnen-Proteste in verschiedenen Landesteilen folgten.

Die rezentesten Attacken führten zum Tod von mindestens vier Menschen und zu Hunderten Vertriebenen. Dennoch behaupten Amtspersonen regelmäßig, es handle sich um "normale" Kriminalität. 2008²⁴, 2010²⁵ und abermals 2026²⁶ gab es Anschuldigungen gegen eine "dritte Kraft", die entschlossen sei, die Erfolge des Landes zu untergraben oder es für seine Haltung gegenüber Israel und Russland zu bestrafen.

Statt wirksam zu intervenieren, hat die Regierung auf die Entfaltung dieser politischen Kräfte mit einem Nationalen Aktionsplan zu Rassismus und Xenophobie²⁷ reagiert. Dieser enthält so gut wie keinen Plan. Statt staatliche Mittel gegen die Anti-MigrantInnen-Kampagnen zu mobilisieren, konzentriert sich der Plan auf Erziehung und öffentliche

²⁰ Siehe <https://www.bbc.com/news/articles/cr43119qn3ko>.

²¹ S. <https://marchandmarch.org.za/>.

²² S. <https://sahrc.org.za/index.php/sahrc-media/news-2/item/4387-media-statement-sahrc-institute-legal-proceedings-against-the-unlawful-denial-of-non-nationals-and-undocumented-persons-from-entering-and-receiving-medical-treatment-at-public-health-care-facilities>.

²³ S. <https://www.medicalbrief.co.za/interdict-bid-against-operation-dudula-dismissed-over-lack-of-urgency/>.

²⁴ Siehe <https://mg.co.za/news/south-africa/2008-05-20-third-force-involvement-in-attacks/>.

²⁵ S. <https://mg.co.za/news/south-africa/2010-07-30-bias-brigandry-and-the-prophets-of-doom/>.

²⁶ S. <https://www.youtube.com/watch?v=KB2wElqP34o>.

²⁷ S. <https://theconversation.com/south-africa-has-a-plan-to-fight-prejudice-but-its-full-of-holes-114444>.

Events, die Goodwill und soziale Kohärenz fördern sollen. Debatten und Dialog sind zu begrüßen. Aber sie helfen nicht, die Macht von Gangstern und kriminellen Netzwerken zu brechen.

Wird der Staat aktiv, so trägt er dazu bei, genau die politische Fragmentierung und Gewinnmitnahme zu stärken, die er angeblich verhindern will. Seine größte Polizeioperation zum Schutz von AusländerInnen – die Operation Fiela²⁸ – führte dazu, dass die Polizei von MigrantInnen zusätzliche Bestechungsgelder verlangte²⁹, bewirkte einen Verlust an ökonomischer Aktivität und Steuereinnahmen und nur eine geringfügige Reduktion der MigrantInnenzahlen.

All das wurde getan im Namen des Wiederherstellens des Vertrauens der BürgerInnen ins Einwanderungssystem. Dabei gab es GewinnerInnen: nicht MigrantInnen oder BürgerInnen, sondern GesetzesvollstreckerInnen, die sich die Taschen füllen und ihr operatives Budget aufstocken.

Vor kurzem hat am offiziellen Regierungssitz, den Union Buildings, ein Treffen stattgefunden, das ein weiteres Beispiel liefert. Am 25. Mai 2026 luden hochrangige Regierungsmitglieder die Führungsmitglieder von March and March und anderen Organisationen zu einem hochrangigen Treffen³⁰, „um sich mit illegaler Einwanderung und zunehmenden Anti-Einwanderungsprotesten zu befassen.“

Solchen Gruppen Zugang zur höchsten politischen Stelle zu gewähren, verleiht ihnen unseres Erachtens Legitimität und einen Platz im politischen System Südafrikas. Was sie sagen, wird vom staatlichen Radio und Fernsehen übertragen. Ihre Ultimaten stellen nun legitime politische Forderungen dar.

Der Staat mag derart Krisen vorübergehend niederhalten. Aber er ermutigt diese Gruppen weiterzutun. Daraus resultieren eine Politik der Fragmentierung und selbstgemachte Gesetze.

Was zu tun ist

Um die verfassungsmäßige Demokratie Südafrikas zu schützen, müssen drei Dinge gleichzeitig getan werden.

Erstens echte Rechenschaft für TäterInnen: nicht symbolische Verhaftungen, sondern Strafverfolgung, die für AnstifterInnen und TäterInnen bedeutsame Konsequenzen zur Folge haben.

Zweitens konsequentes und unparteiisches Vollziehen der Rechtsstaatlichkeit im Umgang mit illegaler Migration und mit krimineller Ausgrenzung von MigrantInnen durch Selbstschutzgruppen.

Drittens aufseiten des Staates und der Zivilgesellschaft das Schaffen des politischen Willens und der Fähigkeit, PolitikerInnen zur Verantwortung zu ziehen, wenn sie in Wort oder Tat ausgrenzende Gewalt und Praktiken ermutigen. Das ist keine Frage von Migrationsmanagement oder Grenzkontrolle, sondern von Souveränität und Gesetzlichkeit.

Zivilgesellschaftliche Organisationen führen bereits Prozesse und gewinnen vor Gericht³¹. Doch durch Straflosigkeit verhöhrte Gerichtsentscheide sind keine Siege. Sie bringen nur neuerlich das Problem zum Ausdruck. Ohne die politische Durchsetzungskraft, den Staat für seine Komplizenschaft zur Rechenschaft zu ziehen, wird die Co-Produktion von Ausgrenzung weitergehen wie bisher.

* * *



Eine Burundierin mit Kind in einem Lager für Flüchtlinge, das nach den 2008er Ausschreitungen in De Deur in der Gemeinde Midvaal im Sedibeng-Bezirk im Süden der Provinz Gauteng entstand³²

²⁸ S. <https://www.gov.za/issues/operation-fiela>

²⁹ S. <https://mg.co.za/news/south-africa/2015-05-21-xenophobia-they-know-they-can-kill-us-and-we-can-t-do-a-thing/>.

³⁰ S. <https://groundup.org.za/article/government-scrambles-to-deal-with-anti-immigration-protests/>.

³¹ S. <https://www.bbc.com/news/articles/c1m37yr5v3po>.

³² Foto Tawe/Zplit 1.10.2009, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:De_deur_camp_refugees_\(3973948297\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:De_deur_camp_refugees_(3973948297).jpg).